

---

**2029/AB XXII. GP**

---

**Eingelangt am 09.09.2004**

**Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.**

Bundeskanzler

## **Anfragebeantwortung**

Die Abgeordneten zum Nationalrat Öllinger, Freundinnen und Freunde haben am 9. Juli 2004 unter der Nr. 2050/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Kostenrisiko bzw. Kostenübernahme von Gerichtsverfahren gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Nein.

Zu Frage 2:

Es ist unklar, ob sich die Fragestellung auf Klagen gegen den Bundeskanzler oder auf Klagen des Bundeskanzlers bezieht. Ungeachtet dessen könnte eine Kostenübernahme nur dann erfolgen, wenn die Klagen mit der Ausübung des Amtes im Zusammenhang stehen. Dies wird jeweils im Einzelfall zu prüfen sein.

Zu den Fragen 3 und 5:

Ich verweise auf die Beantwortung zu den Fragen 1 und 2.

Zu Frage 4:

Keine.

Zu Frage 6:

Eine Information der Generalprokuratur erfolgt nicht. Sofern in Zivilprozessen die Republik Österreich, vertreten durch den Bundeskanzler, klagt bzw. geklagt wird, erfolgt nach dem Prokuraturgesetz, StGBI. 172/145, die Vertretung durch die Finanzprokuratur.

Zu Frage 7:

Im Hinblick auf die Bestimmung des § 58 Bundeshaushaltsgesetz, nach der - bis auf wenige Ausnahmefälle - der Grundsatz der Nichtversicherung gilt, werden keine solchen Rechtsschutzversicherungen abgeschlossen.